Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Kassel, 27. Februar 2012

Niederschrift

über die **9. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 16. Februar 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	"Bürgerbegehren 'Langes Feld' in Kassel"	101.17.327
1.1	Zulassung des Bürgerbegehrens "Langes Feld" in Kassel Antrag der Fraktion Kasseler Linke	
2.	Rekommunalisierung der Wasserversorgung	101.17.336
3.	Wasserversorgungssatzung	101.17.349
4.	Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung)	101.17.350
5.	Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung)	101.17.351
6.	Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel	101.17.338
7.	Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt	101.17.352
8.	Vandalismusschäden in Kassel	101.17.249
9.	§ 5 Abs. 2 Waffengesetz, Buchstabe 2	101.17.305
10.	Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus	101.17.306

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 08.02.2012 ordnungsgemäß einberufene 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die anwesenden Gäste und weist darauf hin, dass sich ihre Teilnahme nur auf das Zuhören beschränkt. Redebeiträge, Beifalls- und Missfallensäußerungen sind nicht erlaubt. Im Anschluss stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, beantragt, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu ergänzen:

Zulassung des Bürgerbegehrens „Langes Feld“ in Kassel
Antrag der Fraktion Kasseler Linke

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Ablehnung : SPD, FDP
Enthaltung : CDU
den

Beschluss

Dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Zulassung des Bürgerbegehrens „Langes Feld“ in Kassel wird zugestimmt.

Auf Antrag von Stadtverordneter Trinczek, CDU-Fraktion, und Stadtverordnetem Geselle, SPD-Fraktion, werden die Tagesordnungspunkte

6**. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel**
Vorlage des Magistrats
- 101.17.338 –
Und

8**. Vandalismusschäden in Kassel**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.249 -

von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.
Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Vorsitzender Kortmann ruft die Tagesordnungspunkte 1 und 1.1 gemeinsam zur Beratung auf.

1. "Bürgerbegehren 'Langes Feld' in Kassel"
Vorlage des Magistrats
- 101.17.327 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Das am 09.01.2012 eingereichte „Bürgerbegehren ‚Langes Feld‘ in Kassel“ wird als unzulässig zurückgewiesen.

Vorsitzender Kortmann übergibt Frau Dr. Thoenges-Stringaris, Sprecherin der geladenen Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens „Langes Feld“ in Kassel, das Wort zur Stellungnahme. Im Rahmen einer regen Diskussion beantworten Bürgermeister Kaiser und Frau Utberg, Rechtsamt Stadt Kassel, die Fragen der Mitglieder.

Stadtverordneter Zeidler, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte. Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, spricht formal dagegen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Ende der Debatte wird zugestimmt.

Vorsitzender Kortmann stellt daraufhin den Antrag des Magistrats zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, FDP
Ablehnung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. "Bürgerbegehren 'Langes Feld' in Kassel", 101.17.327, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

1.1 Zulassung des Bürgerbegehrens "Langes Feld" in Kassel
Antrag der Fraktion Kasseler Linke

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Zulässigkeit des am 09.01.2012 eingereichten Bürgerbegehrens „Langes Feld“ in Kassel gemäß § 8b Abs. 4 Satz 2 HGO.

Stadtverordneter Selbert begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, FDP
Enthaltung: CDU
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Zulassung des Bürgerbegehrens 'Langes Feld' in Kassel", wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

2. Rekommunalisierung der Wasserversorgung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.336 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rekommunalisierung der Wasserversorgung wird dergestalt zugestimmt, dass die Wasserversorgung im Stadtgebiet Kassel und Vellmar ab dem 01.04.2012 durch den Kasseler Entwässerungsbetrieb sichergestellt wird.
   Dieser firmiert zukünftig unter „KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel – ".
2. Dem Pacht- u. Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Kassel und der Städtische Werke Netz + Service GmbH wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 1) zugestimmt.
3. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Vellmar wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 2) zugestimmt.
4. Dem Nachtrag zum Konzessionsvertrag wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 3) zugestimmt.
5. Der Freistellungsvereinbarung zwischen der Städtische Werke AG und der Stadt Kassel wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 4) zugestimmt.
6. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Rekommunalisierung der Wasserversorgung, 101.17.336, wird **zugestimmt**.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Entwurf des Nachtrags zum Konzessionsvertrag vom 25.06.1996 (Anlage3) wird wie folgt ergänzt:

„§ 10 wird ersatzlos gestrichen."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Rekommunalisierung der Wasserversorgung, 101.17.336, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

3. Wasserversorgungssatzung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.349 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wasserversorgungssatzung in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wasserversorgungssatzung, 101.17.349, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Selbert

4. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.350 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

- **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird folgender Artikel 2 (neu) eingefügt:

Artikel 2

In § 29 Abs. 1 der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel vom 20.06.2011 werden die Worte „Städtische Werke AG" durch „KASSELWASSER" ersetzt.

Die bisherigen Artikel 2 bis 7 erhalten die Bezeichnung 3 bis 8.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD Fraktion zum Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung), 101.17.350, wird **zugestimmt**.

- **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen **sowie der im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am 16.02.2012 erarbeiteten Fassung**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung), 101.17.350, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Doğan Aydın

5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.351 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung), 101.17.351, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kerstin Linne

6. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.17.338 -

Abgesetzt

7. Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt
Vorlage des Magistrats
- 101.17.352 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss eines Zweiten Nachtrages zur Verwaltungsvereinbarung mit der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck wird zugestimmt.

Die Verwaltungsvereinbarung zur Berechnung und Zahlung der Versorgungsbezüge für die Versorgungsempfänger/innen der Stadt Kassel sowie der Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen für alle Bediensteten und Versorgungs- sowie Rentenempfänger/innen der Stadt Kassel und der Beamtenversorgungskasse Kurhessen (jetzt: KVK Beamtenversorgungskasse) vom 9. Mai 1994/1. Juni 1994 und der Erste Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung über die Berechnung und Auszahlung von Beihilfen durch die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (jetzt: KVK Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK)) vom 9. Oktober 2007/15. Oktober 2007 werden durch die Regelungen zur Geltendmachung und Abführung von Arzneimittelrabatten nach dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) für Beihilfeträger ergänzt (siehe Anlage).“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt, 101.17.352, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Trinczek

8. Vandalismusschäden in Kassel
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.249 -

Abgesetzt

9. § 5 Abs. 2 Waffengesetz, Buchstabe 2
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.305 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.17.306 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur **9.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am
Donnerstag, 16. Februar 2012, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Stefan Kortmann, CDU
Vorsitzender

Frank Oberbrunner, FDP
1. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Manuel Eichler, SPD
2. stellvertretender Vorsitzender

Doğan Aydın, SPD
Mitglied

Gabriele Jakat, SPD
Mitglied

Norbert Sprafke, SPD
Mitglied

Volker Zeidler, SPD
Mitglied

Dr. Andreas Jürgens MdL, B90 / Grüne
Mitglied

Kerstin Linne, B90 / Grüne
Mitglied

Boris Mijatovic, B90 / Grüne
Mitglied

Wolfram Kieselbach, CDU
Mitglied

Birgit Trinczek, CDU
Mitglied

Axel Selbert, Kasseler Linke
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Dr. Bernd Hoppe, parteilos
Stadtverordneter

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Luigi Zisa,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Schriftführung

Andrea Turski,
Schriftführerin

Verwaltung und andere Teilnehmer

Dr. Rhea Thönges

Christina Hein, HNA

Ullrich Bieller

Gerd Walter

Wellcleich -20-

Martin Schwegmann Städt. Werke

Patrick Roedern (vertrauensparr.)

Thomas Alexkewsky

Dr. Martin Rodenkopf

P. Rittmann

V. Berkhart

C. Ellerbach

- 30 -